



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

☎ (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 30.01.09

Hagedorn: CDU soll bei der Wahrheit bleiben!

Diese Pressemitteilung bezieht sich auf eine CDU-Pressemitteilung von
Timo Gaarz (29.1.09 im OHA, 30.1.09 LN-Nord)

Zu den Äußerungen des stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden Timo Gaarz in der regionalen Presse zur Pressearbeit zum kommunalen Investitionsprogramm des Bundes durch die ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete und Haushälterin Bettina Hagedorn stellt die Abgeordnete richtig:

Bei allem Verständnis für wahlkampfaktische Überlegungen sollte die CDU doch bei der Wahrheit bleiben: Fakt ist, dass bereits am 10. Dezember auf einer Diskussionsveranstaltung in Lensahn mit der SPD-Finanzexpertin Dr. Barbara Hendricks zur Finanzkrise sie als SPD-Präsidiummitglied die besondere Rolle der Kommunen für die Ankurbelung der Wirtschaft hervorgehoben und als SPD-Schwerpunkt bei einem weiteren Konjunkturprogramm zum Jahresbeginn im Milliardenumfang zugesagt hatte. Hagedorn: "Wörtlich wies Barbara Hendricks damals darauf hin, dass auf Bundesebene durch die SPD bereits ein Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung der Kommunen vorbereitet werde, wobei wir zur schnelleren und unbürokratischen Umsetzung den Kommunen dabei sogar einen direkten Zugriff auf einen Investitionsfonds von Bund und Ländern geben wollten, um rasche Impulse für die

Realwirtschaft zu geben. Die dafür erforderliche zeitlich befristete Aussetzung des Grundgesetzes und die 'Umgehung' der Landesfinanzministerien haben wir wegen der Blockade der überwiegend konservativen Länder leider nicht hin bekommen - das kommunale Konjunkturprogramm aber glücklicherweise inhaltlich zu 100 Prozent. Das 10-Mrd.-Euro-Paket für die Kommunen entspricht exakt dem schon am 4. Januar von Frank-Walter Steinmeier vorgelegten Papier für einen "Deutschlandfonds", mit dem die SPD erfolgreich in die Koalitionsverhandlungen im Januar gegangen ist. Mit den darin enthaltenen Maßnahmen für Arbeit, Umwelt, Innovation und Bildung haben wir die richtigen Schwerpunkte für die Konjunktur in Verantwortung vor künftigen Generationen gesetzt – als in der Union noch viele von Steuersenkungen träumten, mit denen keine Arbeitsplätze erhalten werden können. Zu leugnen, dass dieses kommunale Konjunkturprogramm die Handschrift der SPD trägt, ist weltfremd."

Die Abgeordnete empfindet Inhalt und Ton der CDU-Presseerklärung als 'völlig neben der Spur': "SPD und CDU tragen in Berlin gemeinsam Verantwortung für dieses Paket – und das auch mit dem nötigen Respekt voreinander. Es geht um die Menschen, um den Erhalt von Arbeitsplätzen und darum, in einer der größten internationalen Krisen das Notwendige tun – darauf haben die Menschen Anspruch. Ich mache im Gegensatz zur CDU in Ostholstein weder Wahlkampf noch halte ich Märchenstunden ab – ich mache meine Arbeit und informiere Kommunen und gewählte Mandatsträger aller Parteien. Mein Ziel ist, dass die Kommunen zwischen Puttgarden und Reinfeld ein möglichst großes Stück vom Konjunkturpaket zum Wohle der Menschen unserer Region erhalten."